

XX. Beirat beim Ortsamt Burglesum
Niederschrift über die 19. Beiratssitzung am 18.05.2021
Videokonferenz
Beginn 19:00 Uhr – Ende 22:05 Uhr

Anwesend waren die Beiratsmitglieder
M. Wolter, N. Heide, U. Appel, W. Müller, M. Pacaci –
M. Hornhues, H. Lürßen, M. Freihorst, D. Janke, J. Klepatz –
E. Friesen, B. Punkenburg, U. Schnaubelt –
P. Heereman --
R. Tegtmeier –
H. Rühl –

Vorsitzender Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum
Protokoll Frau Tietjen vom Ortsamt Burglesum

Gäste:

Herr Arne Börnsen, Förderverein Naturpark „Teufelsmoor / Hamme- und Wümmeniederung e. V.“
Herr Udo Stoessel, Senatorin für Kinder und Bildung
Herr Jan Frers, Immobilien Bremen

*

Herr Boehlke eröffnet die 19. Sitzung des 20. Beirates Burglesum und begrüßt alle Teilnehmer*innen. Das Gremium des Beirates Burglesum tagt als Videokonferenz.

Herr Boehlke weist auf die Aufzeichnung der Sitzung zur Erstellung des Protokolls hin.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortesamtes am 07.05.2021 verschickt.

Änderungen:

Herr Boehlke schlägt vor, unter Punkt 5.3 die Beschlussfassung über die Stellungnahme des Beirates zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 109 durchzuführen. Herr Heereman bittet zu diesem Tagesordnungspunkt um Einzelabstimmung der einzelnen Punkte.

Weitere Änderungen liegen nicht vor.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 23.03.2021

Das Protokoll wurde vergangene Woche verschickt.

Herr Klepatz hatte kleine Änderungswünsche, die bereits eingepflegt wurden.

Weitere Änderungen / Ergänzungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

keine

TOP 3: Vorstellung eines Naturparks Teufelsmoor in dem Gebiet der Lesum-, Hamme- Wümmeniederung

Herr Boehlke begrüßt Herrn Arne Börnsen, vom Teufelsmoor/Hamme- und Wümmeniederung e. V.

Herr Boehlke erläutert, dass es sich hier um ein Projekt handelt, welches ursprünglich in Niedersachsen verortet ist. • Die Natur kennt aber keine Landesgrenzen. Somit gibt es auch die Überlegung, auch Bremer Gebiete in diesen Naturpark mit aufzunehmen. Eine Beiratsbefassung und öffentliche Informationsveranstaltungen sollten schon im letzten Jahr erfolgen. Aber auch hier hat Corona uns ein wenig ausgebremst. Den Beiratsmitgliedern wurde vorab die Machbarkeitsstudie als auch eine Zusammenfassung zur Verfügung gestellt.

Heute geht es darum, mehr über das Projekt zu erfahren und mit dem Verein in den Dialog einzutreten.

Herr Börnsen berichtet ausführlich über das Projekt (s. Anlage 1).

Frau Schnaubelt fragt, ob sie es richtig verstanden hat, dass zusätzlich zu den Naturschutzgebieten gemeinsam mit den Landwirten die Gebiete weiter ausgeweitet werden für die Tier- und Pflanzenwelt.

Frau Wolter findet das Projekt großartig, eine große Chance für die Region. Sicherlich ist es noch nötig, dass Projekt noch weiter vorzustellen, die verschiedenen Vereine mit einzubinden. Sie freut sich auf die interessanten Projekte, die entstehen.

Herr Rühl teilt mit, dass es sich ihm nicht erschließt, warum Bremen Teil dieses Parks werden soll. Die Haushaltslage in Bremen ist dünn, er sieht da keinen Ansatz für eine realistische Finanzierung. Er möchte außerdem wissen, wie viele Mitglieder der Verein aus Bremen und Niedersachsen hat.

Herr Börnsen antwortet, dass sich der Naturpark nicht nur auf Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete beschränken soll. Es geht um einen Naturschutz, an dem alle

Betroffenen mitwirken können wie Landwirte, Jäger, Angler, Naturschützer und Behörden. Es ist nicht Ziel, zusätzliche Schutzgebiete einzurichten. Die innerhalb des Naturparks bestehenden Schutzverordnungen sollen mittel- bis langfristig vereinfacht und besser aufeinander abgestimmt werden. Großflächige Natur- und Landschaftsschutzgebiete sind zwar eine notwendige Grundlage zur Bewahrung eines Naturraumes, müssen aber durch geeignete Instrumente ergänzt werden, um den Rückgang der Arten- und Biotopvielfalt zu stoppen.

Herr Hornhues sieht das Ruschdahlmoor nicht in der Karte. Er möchte wissen, ob die Bootsbesitzer weiter die Gewässer nutzen können.

Frau Lürßen ist skeptisch, zur Ausweisung müssen 40% Naturschutzgebiete nachgewiesen werden, das ist nur mit den Bremer Flächen möglich. Ist Bremen der „Notnagel“ um das zu realisieren. Auch die Finanzierung ist ihr unklar.

Herr Börnsen antwortet, dass 149 Mitglieder im Förderverein sind, viel zu Wenige aus Bremen. In Bremen-Nord sehr wenige, aber man muss daran arbeiten können. Die ausgewiesenen Grenzen sind ein grober Vorschlag und nicht endgültig. Konkret in Bremen-Lesum ist ihm der hohe Wert des Ruschdahlmoores bekannt, es ist zu klären ob es geeignet ist. Der Naturschutz in Verbindung mit Tourismus ist pragmatisch zu sehen, nicht mit Verboten. Der Bootsverkehr soll nicht eingeschränkt werden, die Landschaft soll nicht vorenthalten werden. Er weist aber auch darauf hin, für Auflagen nicht verantwortlich zu sein, sondern die jeweiligen Behörden die Entscheidung treffen.

Natürlich hat Bremen einen Anteil an der Ausweisung der Flächen, zurzeit sind insgesamt rund 42 Prozent nachgewiesen. Der gemeinsame Naturraum sollte auch gemeinsam entwickelt werden.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis, er wird das Projekt im Rahmen seiner Möglichkeiten konstruktiv begleiten und bittet gleichzeitig die Initiatoren um einen engen Dialog mit den Akteuren vor Ort.

Es ist zu prüfen, inwieweit das Ruschdahlmoor in den Naturpark mit aufgenommen werden kann.

TOP 4: Schulbau-Projekt „Campus Lesum“

Herr Boehlke begrüßt Herrn Udo Stoessel, Vertretung der Senatorin für Kinder und Bildung und Herrn Jan Frers von Immobilien Bremen.

Herr Boehlke schildert den bisherigen Verfahrensablauf:

Nach den Beratungen des Beirates am 23.02. und 23.03.2021, ist das Thema heute noch einmal auf der Tagesordnung des Beirates. Derzeit besteht eine unterschiedliche Auffassung zwischen der Stadtteil-Politik und dem Bildungsressort bzw. Immobilien Bremen, wie die zwei Standorte perspektivisch entwickelt werden sollen. Aus diesem Grund war es dem Beirat vor allem wichtig, dass die einzelnen Varianten mit Kostenschätzungen und Zeitachsen hinterlegt werden.

SKB und IB haben zugesichert, dieses noch einmal zu tun. Um diesen Vergleich der einzelnen Varianten wird es heute noch einmal gehen.

Die Präsentation wurde den Beiratsmitgliedern bereits vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Stoessel und Herr Frers stellen die einzelnen Varianten mittels Präsentation vor (s. Anlage 2).

Herr Hornhues fragt, warum nicht gleich so, das jetzt vorgestellte ist das was der Beirat von Anfang an erwartet hat, weil er immer von zwei Standorten ausgegangen ist. Die Zahlen zu ermitteln, ist nicht so ganz einfach. Er wurde stutzig und fragt betreffend der Flächen noch einmal nach. Zur Zeit haben beide Standorte 18.000 qm Bruttogeschoßfläche, die neue Variante soll mit unter 11.000 qm auskommen. Ist der jetzige Zustand dann überdimensioniert? Für 350 Grundschüler:innen stehen 5.000 qm und für fast 900 Oberschüler:innen 10.600 qm, das ist deutlich weniger. Er kann die Zahlen nicht so ganz nachvollziehen und ist da skeptisch. Er bittet darum, dieses Auszuräumen, wenn die Zahlen nicht nachvollziehbar sind, müsste noch eine vierte Beratungsrunde stattfinden.

Frau Appel bedankt sich, dass die beiden Schulstandorte in Lesum erhalten bleiben. Die Planung von zwei Zukunft fähigen Schulen wirft den Blick auf die Schnittstelle Pädagogik und Architektur. Das Thema Nachhaltigkeit, funktioneller Schulbau als klassische Flurschule ist ein Auslaufmodell, nicht mehr tauglich für modernen Unterricht. Es werden teiloffene Cluster gebraucht. Beide Schulformern müssen baulich darauf eingehen. Beide bieten Inklusion und Ganztage an, deshalb ist eine Bestandserhaltung der Schule Vor dem Heisterbusch aus dem Grund der Nachhaltigkeit zu hinterfragen. Wenn sie sich nicht so ausbauen lässt, um dem neuen Verständnis von Schule und Unterricht zu erfüllen, ist ein Neubau trotz hoher Kosten vorzuziehen. Lässt sich das Gebäude im Innengrundriss so umbauen, dass es so geht? Können evtl. Teilbereiche des alten Gebäudes, wo jetzt die Aula ist, erhalten werden für eine Aula und Mensa? Wenn nicht, favorisiert sie die Variante 4.

Herr Heereman fragt, warum bei Variante 3 eine gezeichnete Linie das ganze abtrennt und was mit rechten Teil passiert. Wird dieser dem Wohnungsbau zugeführt? Der Beirat wird eine Entscheidung für Jahrzehnte treffen, da sollte man sich ganz klar nicht vor großen Zahlen Bange machen lassen. Auch er hat ein Misstrauen gegen die Rechnung. Am Ende des Tages kann SKB und IB sowieso alles so darstellen wie sie wollen. Er möchte aber nichts unterstellen.

Herr Stoessel teilt mit, dass die alten Schulen hat einen Flächenüberhang gehabt haben, beide Standorte sind überdimensioniert. Die pädagogische Ausrichtung ist bekannt, die Architektur wird natürlich mit der Pädagogik zusammengebracht. Beispiel ist die Schule Lerchenstraße, die nach neuesten Maßstäben gebaut wurde. Das Gebäude Heisterbusch eignet sich auch und ist nicht mit einer Flurschule vergleichbar. Selbstverständlich lässt sich auch ein Altbau energetisch herrichten.

Die rote Linie ist einfach nur eine gestrichelte Markierung, es handelt sich um keine Linie, die für Wohnungsbauzwecke erhalten muss, sie gehört zum Schulgrundstück muss aber abgegrenzt werden, da sonst der Pflegeaufwand zu hoch ist. Die Kosten wurden versucht, so gut wie möglich dargestellt. Die Qualität ist bei allen Varianten gleich. Es wird natürlich

noch ein Wettbewerb durchgeführt, dann geht man ins Detail um das bestmögliche Ergebnis für die Schulen zu erzielen.

Herr Frers antwortet zu den Zahlen, dass er gestehen muss, dass da ein Fehler drinnen steckt. Er entschuldigt, dass die Zahl 7,5 Millionen für die Sporthalle nicht stimmt. Zu rechnen ist mit ca. 4 Millionen Euro. Tatsächlich kommt am Steinkamp hinzu, dass das tiefer liegende Gelände von der Gründung nicht ganz einfach ist. Die Abweichung von der Zahl ist ein Gründungsaufschlag. Die anderen Zahlen sollten allerdings stimmen.

Frau Wolff ergänzt zur pädagogischen Ausrichtung, dass sie bestätigt, dass die Schulaufsicht sehr eng mit IB im Austausch ist, dass die Schulen auf den neuesten Stand geplant werden. Da wird auch ganz genau hingeguckt, alle Schulen werden Pädagogisch sehr gut ausgestattet.

Herr Hornhues fragt nochmals nach dem Rechenfehler. Im Vergleich der beiden Schulformen 344 zu 882 Schüler:innen ist deutlich mehr als 60 Prozent plus im Verhältnis zu den Quadratmetern/ der Bruttogeschossfläche 5100 zu 10.600 qm. Da passt das Verhältnis nicht, zumal er davon ausgeht, dass Oberschulen mit den Fachräumen einen deutlich höheren Bedarf haben.

Herr Stoessel antwortet, dass er die Flächen gerne noch einmal überprüfen wird. Die 10.600 qm stammen aus dem Flächenstandard, die immer für einen Neubau genutzt werden. Aber er wird nochmals nachsehen und der Sache nachgehen.

Frau Appel denkt, dass die Kooperation mit der Paul-Goldschmidt-Schule einfacher ist, wenn der Weg fußläufig erreichbar ist. Dann ist der kurze Weg durch Friedehorst besser. Wenn am Standort Heisterbusch der Parkplatz wegfällt, werden die Parkplätze nur noch an der südwestlichen Seite sein, das ist definitiv zu wenig. Sie reichen jetzt schon noch gerade so, wenn nichts Besonderes ansteht.

Frau Wolf antwortet, wie die Kooperation mit der Paul-Goldschmidt-Schule aussehen wird, wie die Klassen angesiedelt werden, ist noch sehr vage und noch nicht bekannt. Es ist aber in jedem Fall nicht gewollt, dass Kinder und Lehrer:innen hin und her laufen müssen.

Herr Stoessel gibt zu bedenken, dass die Schule im Vordergrund steht, nicht das Auto. Er möchte noch einmal deutlich darauf hinweisen, dass Variante 3 als einzige Variante mit Dreifeldhalle realisierbar ist. Alle anderen Varianten haben nur Einfeldhallen oder ergänzende Felder.

Frau Appel merkt an, dass eine Dreifeldhalle in der Regel nur für Turniere gebraucht wird und dass ist sehr selten.

Frau Wolter stellt es sich schwierig vor, Barrierefreiheit im Bestand zu realisieren. Sie findet, dass das Vorhalten von Parkplätzen sicher nicht vorrangig ist, aber erforderlich.

Herr Klepatz hat wahrgenommen, dass das Interesse immer größer wird, dass die Schülerinnen und Schüler der Paul-Goldschmidt-Schule eingebunden werden. Ihm ist wichtig, dass Kinder mit besonderen Bedarfen ihre Schulen haben, dass diese Standorte

nicht aufgegeben werden ohne Not. Kooperation ja, aber nicht auf Kosten der vorhandenen Standorte.

Herr Stoessel versichert, dass beide Standorte barrierefrei hergestellt werden.

Frau Wolf teilt mit, dass es total klar ist, dass die Paul-Goldschmidt-Schule weiter ausgebaut wird. Alle Bedarfe werden betrachtet und man will allen Kindern gerecht werden.

Herr Janke fragt nach Variante 3, er findet es besser, wenn die Grundschüler eine eigene Halle auf dem Gelände haben. **Herr Stoessel** antwortet, dass die Grundschüler eine Zweifeldhalle haben.

Da noch einige Informationen nachgebessert werden müssen, hat sich der Beirat darauf verständigt, sich in einem Umlaufverfahren per Beschluss für eine Variante zu entscheiden oder ohne eine inhaltliche Diskussion in der nächsten Beiratssitzung einen Beschluss zu fassen.

TOP 5: Anträge

5.1. „Burglesumer Beirat für die Digitalisierung fit machen“ (Die Linke)

Der Antrag liegt den Beiratsmitgliedern schriftlich vor. **Herr Tegtmeier** begründet den Antrag.

Herr Heereman findet es schwierig, pauschal allen Beiratsmitgliedern Tablets auszugeben, sondern das sollte bedarfsorientiert auf Antrag erfolgen.

Frau Walter findet Punkt drei sehr pauschal formuliert. Es sind noch rechtliche Fragen zu klären. Außerdem schlägt vor, die senatorische Behörde aufzufordern, ein Digitalisierungskonzept aufzustellen.

Herr Boehlke weist darauf hin, dass beim Ortsamt Burglesum als Pilotprojekt W-LAN installiert werden soll.

Herr Klepatz ist nicht dafür, dass Füllhorn über sämtliche Beiratsmitglieder auszukippen und regt an, eine Abfrage in den Beiräten hinsichtlich des Bedarfs zu starten. Punkt zwei kann so nicht zugestimmt werden, es sind noch viele Dinge abzuklären, u.a. wer die Administration übernimmt.

Herr Heereman versteht die Anmerkung von Herrn Klepatz. Eigentlich redet man hier um eine Selbstverständlichkeit in der modernen Arbeitswelt. Es ist an Lächerlichkeit nicht zu überbieten, dass W-LAN jetzt als Pilotprojekt gestartet wird.

Frau Schnaubelt findet, dass Geräte nicht an alle ausgegeben werden sollen, nur bei Bedarf.

Herr Hornhues schlägt einen Beschlusstext vor.

Herr Tegtmeier schlägt vor, den Antrag im nächsten Sprecherausschuss nochmals zu beraten.

Herr Rühl weist darauf hin, dass den Deputierten und Bürgerschaftsabgeordneten auf Antrag ein Laptop oder Tablet zur Verfügung steht.

Der Antrag wurde zur nochmaligen Beratung vom Antragssteller zurückgezogen.

5.2. „Errichtung eines Gesundheitszentrums in Marßel“ (SPD)

Der Antrag liegt den Beiratsmitgliedern schriftlich vor.

Herr Müller begründet und erläutert den Antrag und bittet die Beiratsmitglieder, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Rühl begrüßt den Antrag grundsätzlich. Er bemängelt die Formulierung „Vielfältige Bevölkerung“. Er bittet um Wegnahme der Anführungszeichen, das ist Diskriminierend und würde einen Aufschrei erzeugen, wenn die AfD das so formulieren würde.

Herr Müller sagt zu, die Anführungszeichen weg zu nehmen.

Herr Hornhues schlägt vor, dass dem Sozialausschuss in seiner nächsten Sitzung dargelegt wird, was eine Bedarfsanalyse ergeben hat. Der Antrag ist begrüßenswert, aber zu schwach und ungenau formuliert. Daher sein Verbesserungsvorschlag.

Frau Wolter betont nochmals die Notwendigkeit eines Gesundheitszentrums.

Herr Klepatz fand es unklar, was der Antrag bewirken soll. Er findet, dass bei dem ergänzenden Vorschlag nun ein klarer Adressat genannt ist.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat fordert die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz auf, die Bedarfe nach dem Konzept LIGA (Lokalen Integrierten Gesundheitszentrums für Alle) für den Stadtteil Burglesum mit den Schwerpunkten Marßel und dem Alwin-Lonke-Quartier zu analysieren und deren mögliche Umsetzung dem Sozialausschuss in seiner nächsten Sitzung darzulegen. Was fehlt in den Quartieren, wo sollte es realisiert werden und wie wird dieses finanziert?

5.3. „Stellungnahme des Beirates zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 109

Frau Schnaubelt nimmt an der Antragsberatung und Abstimmung wegen Befangenheit nicht teil.

Der Antrag liegt den Beiratsmitgliedern schriftlich vor. Die Beschlussfassung erfolgt ohne weitere Beratung und wurden bereits im Vorfeld beraten und diskutiert. Es wurde Einzelabstimmung beantragt.

Inhaltliche Ergänzungen zu dem Antrag liegen nicht vor.

Beschluss mehrheitlich beschlossen: (14 Ja-Stimmen zu den Ziffern eins, vier, fünf und sechs, 1 Nein-Stimme zu Ziffer zwei, 2 Enthaltungen zu Ziffer drei und eine Enthaltung zu den Ziffern eins, zwei, vier, fünf und sechs)

Der Beirat Burglesum nimmt den vorgestellten überarbeiteten Entwurf zur Erweiterung des Jugendgemeinschaftswerks zur Kenntnis und begrüßt die vorgenommenen Änderungen. Folgende Punkte sind im weiteren Planungsprozess zu berücksichtigen:

1. *Es muss sichergestellt sein, dass keine zusätzlichen Parkverbote im Chaukenhügel für einen reibungslosen Verkehrsstrom unter Berücksichtigung der neuen Zufahrt erforderlich sind. Vielmehr sind ausreichend Haltebuchten auf dem Gelände des JGW zu errichten, um einen Rückstau im Chaukenhügel zu unterbinden. Die Zusage des Geschäftsführers des JGW, den zukünftigen An- und Abfahrten der Kleinbusse mit Hilfe einer App besser zu steuern, um einen Rückstau im Chaukenhügel zu verhindern, wird ausdrücklich begrüßt.*
2. *Die geplante Anzahl der Stellplätze für das Personal wird weiterhin als nicht ausreichend gesehen.*
3. *Die Pflanzvorschlagsliste ist um die Arten „Rotbuche“ und „Esskastanie“ zu erweitern, um die jetzige Optik des Parkes zu erhalten und ein Nahrungsangebot für Kleintiere zu gewährleisten.*
4. *Die Fläche für Ausgleichsmaßnahmen ist um den nordwestlichen Teil zu vergrößern.*
5. *Die Fläche entlang der Grundstücke der Reihenhäuser ist als Fläche zur Anpflanzung von Bäumen dauerhaft zu kennzeichnen.*
6. *Die Größen der Terrassenanlagen sind im Bebauungsplan festzusetzen.*

TOP 6: Mitteilungen des Ortsamtsleiters

- Verschiebung der Beiratssitzung vom 01.06.2021 auf den 09.06.2021

TOP 7: Mitteilungen des Beiratssprechers

keine

TOP 8: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten

- 8.1:** **Herr Friesen** regt an, auf dem Goldbergplatz ein oder zwei Spielgeräte für Kinder aufzustellen.
- 8.2:** **Herr Rühl** teilt mit, dass ein Abfallbehälter am Ausgang Knoops Wald an der Kastanienallee entfernt wurde. Dieser sollte wieder aufgestellt werden.

Ende der Sitzung um 22:05 Uhr

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Hornhues
Beiratssprecher

gez. Tietjen
Protokoll